

Seite
mer Dres-
om Säch-
annt und
eldet wor-
die weder
olzhändler,
berpflichtet,
enhändler,
1/1. anzu-
en Verstoß
In glei-
nung, der
festgelegten
nnach ver-
erband
Brennholz-
Bezug.
Winkel: 1/1
Dresden,
eben.
straße 12.
1.18
1.05
-95
-88
ER
ein A-G
uch-
ben
er Art
moderner
führung
Werk
mania
resden
urts.
obungs-
mählungs-
Trauer-
Anzeigen
ollten
Sie
or allem der
schlichen
tszeitung
umellen.
er
entszeit
tenzeit
g Kurze
Dresden
Partien

Nummer 70 — 34. Jahrgang
Zirkeln: 8 mal wöchentlich mit der illustrierten Gesell-
schaftsbeilage „Der Feuerteller“ und mehreren Zeitbeilagen
Wöchentliche Verkaufspreise:
Bund. 6 mit St. Sonnabend und Feuerteller Nr. 2,70
Bund. 6 ohne St. Sonnabend u. mit Feuerteller Nr. 2,20
Bund. 6 ohne St. Sonnabend u. ohne Feuerteller Nr. 1,70
Einzelnnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Ausgabe A mit Benno-Blatt
Sonnabend, den 23. März 1935
Verlagsgesellschaft
Anzeigenpreise: die Spalte 22 mm breite Zeile 8 Pfg.
— für Familienanzeigen und Streifenpreise 1 Pfg. —
Für Anzeigenstellen können wir keine Gewähr leisten

Sächsische Volkszeitung

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, ausstehenden
Vertragsbedingungen hat der Verleger aber keinen
Anspruch, falls die Zeitung in befristeter Ausgabe,
besonders aber nicht erhaltet — Verlagsgesellschaft

Die deutsche Wirtschafts- u. Kulturpolitik

Göring vor dem preußischen Staatsrat

Tagung im Preußenhaus aus Anlaß der zweiten Wiederkehr des Tages von Potsdam

Berlin, 22. März.
Am Tage der zweijährigen Wiederkehr des Staatsaktes von Potsdam hatte Ministerpräsident General Göring dem preußischen Staatsrat zu einer Arbeitstagung im Preußenhaus einberufen. Ministerpräsident Göring eröffnete die Arbeitstagung mit einer längeren Ansprache, in der er alle aktuellen politischen Fragen behandelte und grundsätzliche Gesichtspunkte für die Behandlung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme angab, zu denen Reichsminister Rust und Reichsbankpräsident Schacht in ihren Referaten eingehende Ausführungen machten.

dem Frieden von Tilsit und erwähnte als Beispiel die aus der preußischen Gemeindeverfassung herausgewachsene deutsche Gemeindeordnung.
„Alle Aufgaben“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „die zur Durchführung des Reichsaufbaus seit der Machtergreifung zu erfüllen waren, konnten unter der harten Hand des Führers nur deshalb in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden, weil für ihre Durchführung der Schweiß der in der NSDAP. zusammengehaltenen Energien zur Verfügung standen. In dieser Arbeit hat auch die Beamtenschaft einen wesentlichen Anteil. Die völlige Erneuerung des deutschen Beamtenstandes war nur deshalb möglich, weil bewährte alle Kämpfer der Partei in verantwortliche Stellen des Staatsdienstes einrückten.“

Der Schutz des Reiches nach außen und Einrichtung und Ausbau des Reichsgebäudes nach innen, das sind und bleiben die wichtigsten Ziele unserer nationalsozialistischen Aufbauarbeit.

Anknüpfend an das Erlebnis von Potsdam führte Ministerpräsident Göring aus, daß damals wohl niemand zu hoffen vermocht habe, daß der Führer sein Ziel, dem Reiche und der Nation Ehre und Freiheit wiederzugeben, so schnell verwirklichen würde, wie dies inzwischen geschehen ist.
Ueber den alles beherrschenden Einbruch der letzten Tage wollen wir aber nicht vergessen, welche Fortschritte seit dem Staatsakt in Potsdam vor zwei Jahren auch der Ausbau unseres Reiches nach innen gemacht hat:
Die Einheit des politischen Willens ist fest gegründet und gegen jeden Angriff gesichert worden.
Die alleinige Geltung der Reichsgewalt ist seit Tausenderten zum ersten Male festgesetzt und durch immer neue Maßnahmen vertieft worden.
Die Einheit des Staatsapparates wird — vielfach nach preußischem Vorbild — von Monat zu Monat verstärkt. Die Gleichrichtung von Partei und Staat hat schrittweise Fortschritte gemacht, die organische Weiterführung dieses Prozesses ist gesichert.
Ministerpräsident Göring zog an Hand von Beispielen Parallelen zu der Zeit des Wiederaufbaues Preußens nach

Daneben stehen aber noch andere Aufgaben, die erfüllt werden müssen und die immer mehr in den Vordergrund treten. Unter ihnen sehe ich zwei zu immer größerer Wichtigkeit herauszuwachsen:
1. Die Sicherung der wirtschaftlichen Leistung des Reiches auch für die Zukunft und damit die Sicherung von Brot und Arbeit für alle Volksgenossen durch eine zweckentsprechende und kraftvolle Wirtschaftspolitik
2. Die Durchführung und Vertiefung der Erziehung des deutschen Menschen zur unerschütterlichen Erhabenheit und zur reiflichen Betätigung im Dienste der nationalsozialistischen Idee durch eine auf dieses Endziel abgestimmte Kulturpolitik.
(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die alte Melodie

Frankreichs Genfer Appell und die Note an Deutschland liegen nun im Wortlaut vor. Ersteren haben wir bereits in der gestrigen Ausgabe veröffentlicht. Der Wortlaut der französischen Note findet sich zusammen mit der italienischen Note im Innenblatt der vorliegenden Ausgabe. Sie atmen den Geist der Rede, die Flandin am Mittwochnachmittag vor dem Senat gehalten hat. Der völkerrechtliche Formalismus triumphiert über die politische Moral und den gesunden Menschenverstand, und alle alten Requiriten aus dem Schemarium der pariser Nachkriegsdiplomatie müssen dazu erhalten, um die Pariser Politik bei einer ihrer kurzfristigen Aktionen mit dem Schimmer der Vertrauenswürdigkeit zu umgeben. Briand hat in dieser Rede gestützt, Herriot hat sie mit Erfolg zu spielen versucht, und wir stellen bedauernd fest, daß der neue Geist am Quai d'Orsay mit den alten überlebten Phrasen und Wortteilen noch nicht ausgeräumt hat.

Wir schreiben das Jahr Neunzehnhundertfünfunddreißig. Das sechzehnte Jahr nach Versailles! Und wir erleben es, daß ein französischer Ministerpräsident von der deutschen Alleinverantwortung am Kriege spricht! Sind Herrn Flandin sämtliche Ergebnisse der internationalen Kriegsschuldforschung entgangen, an denen nicht allein Deutsche, nein, auch Engländer, Amerikaner und sogar Franzosen beteiligt sind? Soweit diese Forscher überhaupt von persönlicher Verantwortlichkeit reden, stellen sie, wie Sidney Bradshaw Fay, eine geteilte Verantwortung unter den Mächten fest, wobei die Hauptverantwortung nach Belgrad, Petersburg und allenfalls nach Wien verlegt wird. Wie fadenförmig Flandins Kriegsschuldbeweise im übrigen sind, erhellt aus der Berufung auf den ehemaligen Reichskanzler Fürst Bismarck, der in seinen Memoiren irgendwo die leichtfertige Behauptung aufstellt, Bethmann-Hollweg habe am 1. August 1914 aus Angst vor Quertreibern der Sozialdemokratie die Kriegserklärung an das zaristische Rußland betrieben. Wie der bekannte Kriegsschuldachverständige Alfred von Wegerer in seiner 1930 herausgegebenen Schrift „Fürst Wilhelms Irrtümer über den Kriegsausbruch. Kritische zu seinen Denkwürdigkeiten“ nachweist, müssen die Behauptungen Wilhelms auf einem Irrtum beruhen, da der Wortlaut der Kriegserklärung zu dem genannten Zeitpunkt bereits aufgesetzt war, und jedenfalls hatte es angesichts der angeordneten russischen Mobilisierung nur noch eine formale Bedeutung, von welcher Seite aus der Krieg offiziell erklärt wurde. Es ist aber außerordentlich charakteristisch, daß ein französischer Regierungschef die alte Kriegsschuldtheorie wieder aufwärmt in einem Augenblick, wo es um die Wahrung der Kernstücke des Versailleser Vertrags geht. Unter Hinweis auf die deutsche Kriegsverantwortung hat man in den Jahren nach Locarno die Rheinlandbrünnung verzögert, und unter dem gleichen Vorwand hätte man sich bis zuletzt gegen einen Verzicht auf die deutschen Tributzahlungen, Rheinlandbesetzung — Tribute — einseitige Entwaffnung waren moralisch nur zu rechtfertigen durch die Aufrechterhaltung der deutschen Schuldtheorie, und wir erinnern uns lebhaft genug, welches Nischen es seinerzeit auf der Konferenz von Lausanne erreichte, als die deutsche Delegation im Zusammenhang mit der Tribut- und Gleichberechtigungsfrage auch den Widerruf der Kriegsschuldfrage von 1919 verlangte. Damals gelang dieser Versuch nicht, die Zeit war noch nicht reif, und die Frage der Gleichberechtigung ist erst zweieinhalb Jahre später, am 16. März 1935, durch einen entschlossenen Schritt von deutscher Seite gelöst worden. Aber Flandin erinnert uns daran, was noch zu tun bleibt, um zwischen unseren beiden Völkern eines der schwersten Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen: Die endgültige Beseitigung der Kriegsschuldfrage.

Baubeginn des Nacher Priesterseminars

Bischof Dr. Vogt-Nachen nimmt feierlich den ersten Spatenstich vor

Nachen, 22. März.
Für das Priesterseminar der Nacher Diözese, das im Nacher Generalmutterhaus der Mexikaner ein vorläufiges Unterkommen gefunden hatte, ist nunmehr der Neubau eines eigenen Heimes in Angriff genommen worden. Es wird im großen Garten des Bischöflichen Generalvikariates, der ehemaligen Villa Dellius, in dem Block zwischen Mozart-, Beethoven- und Leonhardstraße errichtet und insgesamt etwa 40.000 Kubikmeter Bauraum umfassen. Es ist auf 80 Nummern berechnet, insgesamt einschließlich der Professoren, Schwestern und Angestellten auf etwa 110 Personen.
In schlichter Weise wurde am Mittwochnachmittag mit dem ersten Spatenstich das große Werk eingeleitet. Bischof Dr. Vogt, der das Domkapitel, die Professoren des Priesterseminars, die Dechanten der Nacher Diözese und die Mitarbeiter des Generalvikariates um sich ver-

sammelt hatte, wies kurz auf die Bedeutung der Stunde hin: Nach und nach seien die notwendigen Einrichtungen der jungen Grenzdiözese zustande gekommen, es fehle nur noch ein eigenes Gebäude für das Priesterseminar, das das Kirchenrecht vorschreibe. Nun werde heute dieser Neubau eingeleitet. Bei der Ausführung des Planes leite ihn die Hoffnung auf die Hilfe Gottes, der gewiß bei den Arbeiten der Diözese helfen werde; das Weitere müsse dem Bischof selbst überlassen bleiben, das gewiß auch in Zukunft tatkräftig mitwirken werde.
Darauf nahm der Bischof den ersten Spatenstich „zur Ehre Gottes, zum Heile der Diözese und zum Wohl des geistlichen Nachwuchses“ vor. Weihbischof Dr. Sträter machte den zweiten Spatenstich zu Ehren des hl. Joseph. Ihnen schlossen sich das Domkapitel, die Professoren des Priesterseminars, die Dechanten der Diözese, die Beamten des Generalvikariates und die Architekten an.

Entlassung des sächs. Volksbildungsministers

Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Sachsen hat der Führer und Reichskanzler den sächsischen Volksbildungsminister Dr. Wilhelm Hartmann aus seinem Amt entlassen.

Zwei Todesurteile gegen spanische Aufrührer

Saragossa, 22. März. Das hiesige Kriegsgericht hat am Donnerstag in dem Prozeß gegen eine Reihe von Angeklagten, die an dem Aufstand im Oktober vorigen Jahres teilgenommen hatten, das Urteil gefällt. Zwei Aufständische wurden zum Tode, neun Angeklagte zu je 20 Jahren Zuchthaus und 18 zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer verurteilt.

Entlassung des bayr. Staatsministers für Wirtschaft

Hermann Esser aus seinem Amt.

Berlin, 22. März. Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Bayern hat der Führer und Reichskanzler den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Hermann Esser, aus seinem Amt entlassen. Das Ausscheiden Essers aus dem Amt erfolgt im weiteren Zuge der Durchführung der Reichsreform und der damit im Zusammenhang stehenden Umstellung der bayerischen Verwaltung.

Der neue Tiroler Landeshauptmann

Junobrunn, 22. März.
Der Bundeskanzler hat in dem Streitfall wegen der Ernennung des Landeshauptmannes von Tirol nunmehr die Entscheidung getroffen und einen Mann gewählt, der weder im Vorschlag der Vaterländischen Front noch in dem des Landtages enthalten ist. Ernannt wurde zum neuen Landeshauptmann der bisherige Bezirkshauptmann von Landeck, Dr. Joseph Schumacher, der am 14. November 1894 geboren ist und einer alten Tiroler Familie entstammt.